

Betreff: Schwerpunktprogramm „Mehrweg“



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Mag. Susanne Bauer
an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Jänner 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Am 17. Februar 2011 habe ich in einem – im übrigen einstimmig angenommenen – Dringlichkeitsantrag einen besonderen Schwerpunkt betreffend Forcierung von Mehrwegverpackungen eingefordert. Die konkreten Zielsetzungen dieses Dringlichkeitsantrages waren:

- Informationsgespräche mit dem Handel, um auf diesen einzuwirken, Mehrweggebinde zu forcieren und verstärkt zu bewerben,
- gemeinsam mit dem Handel Möglichkeiten für entsprechende bewusstseinsbildende Initiativen zu entwickeln und
- durch Schwerpunktaktionen gemeinsam mit dem Handel - beispielsweise durch eine „Aktionswoche Mehrweg“ oder durch Auszeichnung von jenen Unternehmen, die vermehrt auf Mehrweg setzen - Mehrweggebinde zu forcieren.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde, wie bereits erwähnt, einstimmig angenommen. Und dass der Grazer Gemeinderat mit der Forderung eines Schwerpunktprogrammes „Mehrweg“ auf dem richtigen Weg war, zeigte sich ja beispielsweise auch darin, dass sich etwa die Sozialpartner am 30. Juni 2011 darauf einigten, Maßnahmen zu setzen, den Mehrweganteil im Handel zumindest auf dem Niveau von 2010, also bei 22 Prozent zu stabilisieren, weil Mehrweg ökologische Vorteile aufweist, regionale Wertschöpfungsketten stärkt und Studien zeigen, dass die PET-MW-Flasche die beste Umweltperformance aufweist und das größte ökologische Potential hat sowie dass Mehrwegsysteme das Littering eindämmen. Auch im Nationalrat forderte die Grüne Abgeordnete Christine Brunner im Oktober des Vorjahres vehement die Wiedereinführung der Mehrwegflasche ein. Und erst gestern wurde in Wien eine von Pricewaterhouse Coopers im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe durchgeführte Studie vorgestellt, wonach die klassische Mehrwegflasche den Einweg-Getränkeverpackungen nicht nur ökologisch, sondern unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten auch ökonomisch und sozial deutlich überlegen sei.

Alles Punkte, die deutlich zeigen, dass der Gemeinderat mit seinem Beschluss vom Februar 2011 auf dem richtigen Weg war. Umso unverständlicher: Trotz dieses einstimmigen Beschlusses und obwohl es breiten Konsens darüber gibt, dass Mehrwegverpackungen unbedingt zu forcieren seien, scheint dieser Bereich im Arbeitsprogramm der Grazer Umweltreferentin Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker nicht auf.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, daher

die Anfrage,

ob Sie bereit sind, auf die Umweltreferentin einzuwirken und ihre nahelegen, den Themenbereich Mehrweg – wie vom Gemeinderat im Vorjahr einstimmig eingefordert – doch noch in das Arbeitsprogramm 2012 aufzunehmen.

Betreff: Gewährleistung der 17 Minuten-Reanimationszeit
im Brandfall im Bezirk Mariatrost



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Jänner 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Feuerwache Kroisbach in der Mariatrosterstrasse ist bekanntlich seit längerem nicht mehr von der Berufsfeuerwehr Graz besetzt, sondern fällt in den Verantwortungsbereich der Freiwilligen Feuerwehr. Allerdings sind statt des sechsköpfigen BF-Einsatzzuges, der dort rund um die Uhr für den Ernstfall abrufbar war, nach Berichten von BezirksbewohnerInnen oft nur zwei bis drei Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr anwesend.

Und genau darin könnte sich ein ernsthaftes Problem auftun: Denn die BF Graz richtet ihre Ausfahrten nach der sogenannten Reanimationszeit. Diese sagt aus, dass es bei einem „normalen“ Zimmerbrand mit normaler Ausdehnung nach 17 Minuten eine hohe Chance gibt, die Person(en) in diesem Raum zeitgerecht zu reanimieren und ihnen damit das Leben zu retten.

Abgesehen von der Frage, inwieweit die Freiwillige Feuerwehr derzeit überhaupt in der Lage ist, einen solchen Alarmfall zu bewältigen, kann im Falle einer Unterbesetzung der Feuerwache Kroisbach in vielen Teilen des Bezirkes Mariatrost diese Reanimationszeit überhaupt nicht gewährleistet werden: Denn im Ernstfall müsste die Berufsfeuerwehr vom Lendplatz bzw. vom Dietrichsteinplatz ausrücken – und wer die Verkehrssituation kennt weiß, dass damit ein Einsatz innerhalb von 17 Minuten in vielen Mariatroster Wohngebieten nicht möglich ist.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister

die Anfrage:

Welche Maßnahmen werden seitens der Stadt Graz ergriffen, dass in einem Brandfall die Einsatzkräfte der Feuerwehr innerhalb der Reanimationszeit von 17 Minuten vor Ort sind?

Betreff: Grazer Volkstheater



GRAZ

Gemeinderatsklub

A-8010 Graz-Rathaus

Telefon: (0316) 872-2120

Fax: (0316) 872-2129

email: spoe.klub@graz.at

www.graz.spoe.at

MÜNDLICHE ANFRAGE

gemäß § 16 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat
von Frau Gemeinderätin Edeltraud Meißlitzer
an Bürgermeister Mag. Siegfried NAGL
in der Sitzung des Gemeinderates
vom 19. Jänner 2012

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Wie ich nunmehr erfahren habe, plant das Grazer Volkstheater für die kommenden Monate, das ihr von der Stadt prekaristisch überlassene Objekt im Fröbelkomplex regelmäßig weiterzuvergeben, wiewohl auf der anderen Seite den dort situierten Schulen nach wie vor die Möglichkeit verwehrt wird, für schulische Veranstaltungen die dringend benötigten Räumlichkeiten kostenlos zu nutzen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Anfrage:

1. Sind die feuerpolizeilichen Auflagen insofern erfüllt, als das Objekt „Volkstheater“ für jedwede Form von Veranstaltung genutzt werden kann?
2. Ist das Grazer Volkstheater berechtigt, das ihr von der Stadt überlassene Objekt weiter zu vermieten?
3. Wird es aus Sicht der Stadt befürwortet, dass im Fröbelkomplex aufgrund der Weitergabe von Räumlichkeiten religiöse Veranstaltungen von Freien Christengemeinden/Pfingstgemeinden stattfinden?

Anfrage

der Grünen – ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.01.2012

von

GR Heinz Baumann

Betrifft: **Kontrolle NichtraucherInnenschutz in der Gastronomie**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

seit 1. Jänner 2009 gelten die NichtraucherInnenschutzbestimmungen in der Gastronomie, deren Einhaltung von den jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörden, in Graz also vom Magistrat, zu kontrollieren ist. Nur eine effektive Kontrolle und im Übertretungsfall auch Sanktionen stellen sicher, dass Gäste aber auch das in der Gastronomie beschäftigte Personal im Sinne des Gesetzes ausreichend geschützt werden.

Daher richte ich an Sie folgende Anfrage:

Wie viele Verstöße der NichtraucherInnenschutzbestimmungen in der Gastronomie wurden seit 1. Juli 2010 (Ende der Übergangsfrist) bei der zuständigen Behörde angezeigt?

Wie viele Hinweise/Meldungen bezüglich Nichteinhaltung der NichtraucherInnenbestimmungen in der Gastronomie wurden seit 1. Juli 2010 bei der zuständigen Behörde eingebracht?

Wie wurde von Seiten der Behörde mit diesen Hinweisen/Meldungen umgegangen?

Wie viele Strafen wurden in Graz seit 1. Juli 2011 für Verstöße gegen die NichtraucherInnenschutzbestimmungen in der Gastronomie verhängt?

Anfrage

der Grünen – ALG

eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.01.2012

von

GRⁱⁿ Sigrid Binder

Betrifft: Stärkung der Position der Beiräte der Stadt Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in Ihrer Antwort auf meinem Antrag vom 7. 7. 2011 bezüglich Beiräte der Stadt Graz halten Sie unter anderem folgendes fest: „Zur Verbindlichkeit von Empfehlungen, Stellungnahmen etc. von Beiräten kann generell festgestellt werden, dass ein Beirat ein Gremium mit beratender Funktion ist. Beiräte haben meist keine Entscheidungsbefugnisse und Kontrollfunktion, sonder beschränken sich auf Beratungen und Empfehlungen.“

Dazu möchte ich folgendes feststellen: Auch mir ist bekannt, dass – wie schon aus dem Wort Beirat ersichtlich - es sich bei einem Beirat um ein Gremium handelt, das eine beratende Funktion hat. Jedoch genau um die Sicherstellung dieser beratenden Funktion für Politik und Verwaltung der Stadt Graz geht es mir.

Im Konkreten: Wie kann ein Beirat dieser Funktion sinngemäß nachkommen, wenn ihm zum einen die notwendigen Informationen für eine Beratungstätigkeit oft nicht zeitgerecht oder gar nicht zukommen und zum anderen die Empfehlungen kaum Eingang in die stadtpolitischen Entscheidungen finden? Genau hier sehe ich einen notwendigen und dringlichen Handlungsbedarf.

„Graz braucht Dich“ ist der Titel Ihrer Veranstaltung am 27.1., vielleicht auch Ihr Wahlkampfauftakt. Ja, Graz braucht die Bürgerinnen und Bürger, braucht die Expertise und die Erfahrungen seiner Beiräte. Damit die Beiräte der Stadt Graz tatsächlich ihrem Auftrag nachkommen können, müsste beispielsweise sicher gestellt werden, dass die StadtsenatsreferentInnen regelmäßig Kontakt mit jenen Beiräten aufnehmen, die in dem ihnen zugeordneten Sachbereich tätig sind.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende Anfrage:

Können Sie sich vorstellen, im Sinne des Motivenberichtes darauf hinzuwirken, entsprechende Strukturen und Regelungen zu schaffen, die eine transparente und verbindliche Einbeziehung der Beiräte im Sinne von beratenden Gremien gewährleistet?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

19. Jänner 2012

Gemeinderat Manfred Eber

Anfrage

Betrifft: **Kurzparkzonen**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In der Luthergasse wurde die Kurzparkzone in einem Straßenabschnitt durch eine „darübergelegte“ Ladezone de facto ad absurdum geführt. Fakt war, dass zahlreiche AutofahrerInnen ihr Fahrzeug dort abstellten, in der Meinung, dass es sich tatsächlich um eine blaue Zone handelt, tatsächlich erhielten sie aber bereits nach wenigen Minuten – trotz gültigem Parkschein – ein Strafmandat. Dies führte zu berechtigtem Ärger.

In der Dezember-Gemeinderatssitzung stellte ich den Antrag auf Entfernung des Zusatzschildes „Ladezone“. Bereits nach wenigen Tagen wurde dieses Schild auch tatsächlich entfernt. An dieser Stelle möchte ich den dafür Zuständigen herzlich dafür danken.

Allerdings gibt es in der Stadt, insbesondere in der Innenstadt, wie etwa am und um den Dietrichsteinplatz weitere, ähnlich gelagerte Fälle.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Sind Sie bereit, im Sinne des obigen Motivenberichts tätig zu werden und die zuständigen Stellen aufzufordern, derartige Fälle aufzuspüren und eine eindeutige Kennzeichnung – also entweder Kurzparkzone oder Ladetätigkeit – vorzunehmen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Donnerstag, 19. Jänner 2011

Gemeinderat Manfred Eber

ANFRAGE

Betrifft: LKW-Parkplatz der Fa. Glettler

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Bereits im September 2009 stellte Klubobfrau Ina Bergmann den Antrag, das Umweltamt und die zuständigen Stellen mit der Überprüfung des LKW-Parkplatzes der Firma Glettler in Bezug auf die Feinstaubverordnung der Stadt Graz zu beauftragen.

Zur Erinnerung: Der genannte Parkplatz befindet sich am Firmensitz der Fa. Glettler in der Südbahnstraße in unmittelbarer Nähe der Fa. Großschädl. Es handelt sich um einen nicht befestigten Parkplatz, was beim Ankommen und bei der Abfahrt der Schwertransporter (z. T. mit Anhänger) zu einer enormen Staubentwicklung führt. Auf Anfrage des Bezirksrats wurde von der Firma Glettler mitgeteilt, dass sich der Parkplatz in Besitz der Firma asset one befinde und die Fa. Glettler daher nicht zuständig sei.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich daher folgende

Anfrage:

Wurde das Umweltamt bzw. andere dafür zuständige Ämter und Behörden mit der Überprüfung des genannten Parkplatzes beauftragt?

Wenn ja, zu welchen Ergebnissen und Schlussfolgerungen führte diese Überprüfung?

Wenn nein, warum nicht?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

19. Jänner 2012

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Anfrage

Betrifft: Attraktivierung des Park & Ride-Platzes Fölling und bessere Auslastung der Linie 211

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Viele Monate sind seit der Inbetriebnahme der P&R-Anlage in Mariatrost vergangen, und doch ist es bis zum heutigen Tag leider nicht gelungen, für eine respektable Auslastung zu sorgen. Auch die hier zur Verfügung stehende Linie 211 wird von der Bevölkerung sehr schlecht angenommen. Mögliche Ursachen sind hier unter anderem mangelnde Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten zwischen den beiden Endstationen Mariatrost und Jakominiplatz.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Welche Schritte sind geplant, um in der Bevölkerung für eine bessere Akzeptanz sowohl der P&R-Anlage in Fölling, als auch der dazugehörenden Buslinie 211 zu sorgen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152
0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

19. Jänner 2012

Gemeinderat Mag. Andreas Fabisch

Anfrage

Betrifft: Wie geht es mit der (Märchen)grottenbahn im Schlossberg weiter?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Vor wenigen Tagen fand die letzte Fahrt der Märchengrottenbahn im Schlossberg statt. Der Andrang war so groß, dass vom Betreiber Überstunden gemacht werden mussten.

Nun ist von einer Umstrukturierung, von neuen pädagogischen Konzepten die Rede. Viele Fans der alten Märchengrottenbahn befürchten jedoch, dass durch Budgeteinsparungen möglicherweise eine gut angenommene, liebgewordene Einrichtung und ein touristisches Highlight für immer verschwinden wird.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Warum hat die Stadt Graz nicht für den Weiterbetrieb in bestehender Form gesorgt? Welche neuen Konzepte sollen nun zum Tragen kommen und wann darf man wieder mit einer Inbetriebnahme rechnen?

KPÖ – Gemeinderatsklub

KPÖ-Gemeinderätin Mag.^a Ulrike Taberhofer

KPÖ – Gemeinderatsklub
8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114 – 118
Tel: 0316 / 872 2151
0316 / 872 2152

0316 / 872 2153
Fax: 0316 / 872 2159
Email: kpoe.klub@stadt.graz.at

Graz, 19. Jänner 2012

Anfrage an den Bürgermeister

Betrifft: Hinweis auf Grüne Zone in der Laudongasse

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl!

Wer von der alten Poststraße in die Laudongasse einbiegt, findet kein Hinweisschild in Bezug auf die dort geltende Grüne Zone bzw. auf der linken Seite nicht einmal eine Bodenmarkierung. AnrainerInnen wissen natürlich, dass Parken in der gesamten Laudongasse gebührenpflichtig ist. Wer jedoch nicht aus Graz kommt und mit den Gegebenheiten vor Ort nicht vertraut ist, riskiert aufgrund mangelnder Information eine Strafe.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage

Sind Sie bereit, sich bei den verantwortlichen Stellen dafür einzusetzen, dass in der Laudongasse ein für alle ersichtlicher Hinweis auf die Grüne Zone angebracht wird?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.01.2012 von Gemeinderat **Christoph Hötzl**

Sehr geehrten Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 19.01.2012

Betreff: **Kosten für externe Beraterhonorare**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die politische Arbeit in den einzelnen Ressorts erfordert das Einholen von "Expertenmeinungen" zu bestimmten Themen. In der Vergangenheit gab es aber - nicht nur in Graz - immer wieder Diskussionen über die Höhe der Honorare und die Modalitäten der entsprechenden Auftragsvergaben.

Um für die Stadt Graz Transparenz zu erhalten, richte ich im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage

gem. § 16 GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Wie hoch sind die Kosten für externe Beraterhonorare in den einzelnen Ressorts des Stadtsenates, aufgeschlüsselt auf die entsprechenden Beratungsunternehmen bzw. Berater und mit einem Hinweis, wofür die Beratung stattgefunden hat?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.01.2012 von Gemeinderat **Mag. Harald Korschelt**

Sehr geehrten Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 19.01.2012

Betreff: **Lärm im Univiertel**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das Lärmproblem im Univiertel hat den Gemeinderat der Stadt Graz nicht zu Unrecht über Jahre beschäftigt. Wir sind unseren Bürgern im Univiertel eine Lösung - sprich Ruhe - schuldig.

Leider sind die Vorgänge beispielgebend für den Umgang mit vielen anderen Gemeinderatsanträgen. Der Gemeinderat beschließt Dringliche Anträge, Anträge und stellt Anfragen.

Weitere Informationen über das Schicksal dieser Initiativen dürfen die Gemeinderäte dann oftmals nur mehr den Medien entnehmen.

Ich richte daher im Namen des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

Anfrage

gem. § 16 GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz:

Bist Du bereit, einen mündlichen Bericht über den Stand der Dinge “Lärm im Univiertel“ zu geben?

Anfrage an Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, eingebracht in der Gemeinderatssitzung vom 19.01.2012 von Gemeinderat **Ing. Roland Lohr**

Sehr geehrten Herrn
Bürgermeister
Mag. Siegfried Nagl
Rathaus
8011 Graz

Graz, 19.01.2012

Betreff: Heimgartenanlage Theodor-Körner in Graz-Andritz
Anfrage an den Bürgermeister

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Zur im Betreff angeführten Heimgartenanlage habe ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereits am 14.04.2011 die Anfrage gerichtet, ob Sie bereit wären, mit den zuständigen Stellen der Eigentümer in Kontakt zu treten, um einen dauerhaften Verbleib dieser Anlage auf dem aktuellen Grundstück zu gewährleisten.

Meine Anfrage blieb trotz Ablaufs der geschäftsordnungsmäßig vorgesehenen Beantwortungsfrist unbeantwortet. Mittlerweile haben sich die verunsicherten Heimgartenbetreiber bzw. deren Mitglieder wiederholt an verschiedene politische Parteien und an die vermeintlich zuständigen Behörden gewandt, um Klarheit über die Zukunft ihrer Anlage zu erhalten.

Da es auch zu den Aufgaben der Politik gehört, die Bürger über etwaige Veränderungen rechtzeitig zu informieren und auch einen Zustand der Rechtssicherheit herzustellen, ist es unangebracht, wenn sich der Bürgermeister als höchster Vertreter unserer Stadt dauerhaft verschweigt.

Eine wiederholte persönliche Nachschau meinerseits vor Ort ergab, dass die sanitären Einrichtungen – entgegen anders lautenden Behauptungen – den Erfordernissen der Gegenwart entsprechen, zumal die gesamte Anlage für den Zweck ihrer aktuellen Nutzung geradezu prädestiniert erscheint. Daher richte ich nun unter wiederholtem Hinweis auf meine Anfrage vom 14.04.2011 an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, neuerlich eine Anfrage selben Inhalts und formuliere diese daher wie folgt.

Anfrage

gem. § 16 GO f. d. Gemeinderat
der Landeshauptstadt Graz

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen der Eigentümerin in Kontakt zu treten, um einen dauerhaften Verbleib gegenständlicher Heimgartenanlage auf dem im Betreff angeführten Grundstück zu gewährleisten?

Bürgermeisteranfrage:

Eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 19.Jänner 2012

Gemeinderat Mag. Gerhard Mariacher stellt an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zu folgenden Betreff die in Anschluss formulierte Frage:

Betreff: „Auskunft bis wann die Videokameras in den Grazer Öffi's in Betrieb genommen und genützt werden“

Videokameras in den Öffis bleiben blind



MATTSCHBE.
Die Stadt buttert 600.000 Euro in Videokameras für Bims. Gefilmt werden darf aber nicht.

Von Daniel Windsch
→ daniel.windsch@grazer.at

Wie viel der Durchschnittsbürger für Videokameras ausgeben würde, die jahrelang keine einzige Aufnahme machen, ist schwer zu sagen. Vermutlich würden aber nur die wenigsten 600.000 Euro für solche Apparate hinblättern. Nicht so die Stadt Graz und die Holding – denn exakt die oben genannte Summe wird investiert, damit

alle der 45 neuen – und nach wie vor umstrittenen – Variobahn-Garnituren mit Überwachungskameras samt Monitoren für den Fahrer ausgestattet werden.

Wien darf filmen

Das Problem: Die Kameras dürfen nicht filmen, auch nicht in jenen neuen Bims, die schon seit Monaten durch Graz donnern – obwohl schon vor Jahren ein entsprechender Antrag bei der Datenschutzkommission in Wien gestellt wurde. Laut Gesetz muss für jede Überwachungskamera eine Genehmigung bei der Bundesdatenschutzkommission eingeholt werden. In den Wiener U-Bahnen sind schon lange Kameras im Einsatz – doch Graz scheint auf der Prioritätenliste der Datenschützer nicht sehr weit oben zu stehen. Immerhin liegt

der Antrag für die Grazer Öffi-Kameras schon seit 2009 unbearbeitet in Wien ...

Fahrgäste für Kameras

„Wir wissen auch nicht, warum das so lange dauert“, ist Holding-Sprecher Gerald Pichler ratlos. Auch im Rathaus wird man langsam ungeduldig; Immerhin ist die Videoüberwachung in den Grazer Öffis eine Maßnahme, hinter der alle Parteien stehen. Beschlossen wurde sie seinerzeit, nachdem eine Reihe von Gewalttaten in Bims und Bussen die Öffentlichkeit geschockt hatten. Selbst die anfangs skeptischen Grünen traten schließlich für den Einbau der Kameras ein, als Fahrgastbefragungen zeigten, dass eine Videoüberwachung in den Straßenbahnen das Sicherheitsgefühl der Passagiere erhöhen würde.

Keine Drehgenehmigung: Die Kameras in den Variobahnen müssen ausgeschaltet bleiben.

Der guten Ordnung halber darf ich wiederholt darauf hinweisen, dass es selbstverständlich beim Einsatz von Videokameras in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht um ein „Rundum-Beschnüffeln“ unserer zahlenden Fahrgäste und damit unserer BürgerInnen geht. Die mittels Videokameras aufzunehmenden Daten & Bilder sollen jedoch dann uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung stehen, wenn „etwas passiert“, wie z.B. bei Rowdytum, bei Schlägereien, bei Diebstählen oder gar Raub, bei sexuellen Belästigungen und klarer Weise auch in allen Fällen, in denen von einem Fahrgast die Notstopp-Taste gedrückt wurde. Wenn der Einsatz von Videokameras in den Grazer Öffis ident zur Vorgehensweise in Wien solide geregelt wird und funktioniert, wird das auch hier bei uns in Graz die bezweckte und in Wien sich schon entfaltende Wirkung erzielen.

In diesem Zusammenhang ersuche ich um Beantwortung nachfolgender Frage?

„Bis wann, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wird die teils technisch schon vorhandene und teils auch gar schon installierte Videoüberwachung in Grazer Öffis – als Element der Abschreckung genauso wie als wirksames Element um Gewalttaten & Verbrechen via verbesserter Aufklärung rascher & trefflicher der Justiz zuzuführen – in Betrieb genommen und genützt, und sollte dies terminlich nicht konkret absehbar erscheinen, ersuche ich Sie bitte um Ihre Auskunft darüber, woran eben das liegt?“

Bürgermeisteranfrage:

Eingebracht in der Gemeinderatssitzung am 19. Jänner 2012

Gemeinderat Mag. Gerhard Mariacher stellt an Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl zu folgenden Betreff die in Anschluss formulierte Frage:

Betreff: „Plan der Energie Steiermark AG bzw. der Energie Graz GmbH & Co KG zum Einsatz von ´smart grids´: Erkennbare substantielle Gefahren durch Mängel bei Datenschutz & Datensicherheit sind nicht aus dem Weg geräumt!“

Ich beziehe mich insbesondere auf folgende Unterlage:

<http://www.e-control.at/de/konsumenten/strom/smart-meter>

Demnach fordert die neue Stromrichtlinie im 3. EU-Binnenmarktpaket die Einführung von „intelligenten Maßsystemen“, also Smart Meter, für alle Verbraucher, um aktiv an den Energiemärkten teilnehmen zu können. In dieser Richtlinie wird weiters ausgeführt, dass mindestens **80 % aller Stromkunden bis spätestens 2020** einen Smart Meter erhalten sollen.

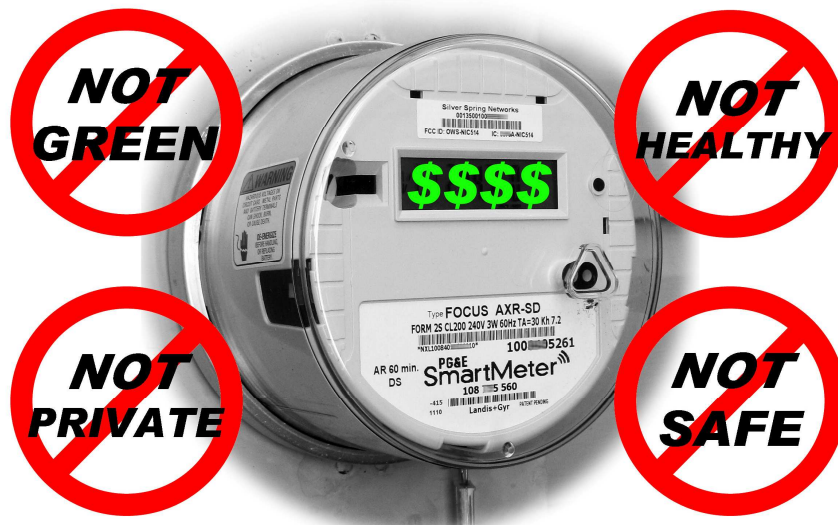
Ich verweise dazu weiters auf meine Anfrage vom 22.9.2011 und auf die

„Intelligente Messgeräte-AnforderungsVO 2011 – IMA-VO 2011“

http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/strom/dokumente/pdfs/IMA-VO_BGBL_2011_II_339.pdf Ausgegeben am 25. Okt. 2011 – in Kraft getreten per 1. Nov. 2011

IMA-VO 2011, §3 Abs. 12. „Die intelligenten Messgeräte haben den maß- und eichgesetzlichen und datenschutzrechtlichen Bestimmungen sowie dem anerkannten Stand der Technik zu entsprechen.“

Dies ist, wie am 22.9.2011 meinerseits dokumentiert, nachweislich heute nicht einmal annähernd erreicht und wird es auch in absehbarer Zeit NICHT gegeben – DAHER:



Zusammenfassend bedeutet das: Es gibt aus heutiger Sicht keinerlei (!) Notwendigkeit vor 2020 zu diesem Thema aktiv zu sein bzw. zu werden. Dies ist auch kein Fehler, da es bis dato noch keinen konkret aufzeigbaren Nutzen gibt, der für die Grazerinnen und Grazer als Stromkunden lukrierbar wäre. Daher wäre es mit Sicherheit auch kein Fehler in diesem Falle die weitere technische Entwicklung abzuwarten und die eingeräumte und damit zulässige Möglichkeit, nämlich bei den letzten 20% dabei zu sein, auszunützen.

Ich verweise hierzu analog auf die für Hauseigentümer und –besitzer entstandenen Kosten, die etwa durch „vorvorzeitige“ Pflichtumbauten bei den Postkästen entstanden sind. Denn erst jetzt setzen sich schön langsam seriöse Modelle durch, die kostengünstiger und effektiver sind und die „Frühumrüster“ zu den Verlierern degradiert haben.

Und wenn, wie bewiesen werden konnte, für Fachleute die dato vorliegende Smart-Meter jedem Qualifizierten den Blick ins Wohnzimmer erschließen, samt Stromabschaltung nach dessen Belieben, dann drängt sich Geschäftemacherei-Verdacht der „Umrüst-Eiferer“ auf.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, um Beantwortung nachfolgender Frage?

„Sind sie bereit die Ihnen zugänglichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um einschlägige Smart-Meter-Entwicklungen in der Stadt Graz und deren Beteiligungen solange hintan zu halten und zu stoppen, um dadurch Rücksicht auf jene Bedenken übergeordneten Instanzen & Strukturen zu nehmen, die auf konkrete drohende Fehlentwicklungen - etwa den mangelnden Schutz der Geräte und Systeme gegen Manipulation sowie den mangelnden Schutz gegen möglichen Missbrauch personenbezogener Daten – hingewiesen haben?“